



Status: öffentlich

Betreff:

Wiedergutmachung statt Unrecht – Amnestie für Verstöße gegen Corona-Maßnahmen und Rückerstattung der Bußgelder

Antragsteller: AfD-Fraktion	Erstellungsdatum: <u>20.06.2023</u>
-----------------------------	-------------------------------------

Beratungsfolge:	
Datum der Sitzung	Gremium
06.07.2023	Kreisstag

Beschlussvorschlag:

Die Kreisverwaltung wird aufgefordert:

1. alle Verstöße gegen Verordnungen zur Eindämmung des SARS-CoV-2-Virus und die zu ihrer Durchsetzung verhängten und noch nicht vollstreckten Strafen und Geldbußen einer vollständigen Amnestie unterfallen zu lassen. Darin enthalten sein müssen Rückzahlungspflichten von Amts wegen sowie auf Antrag für bereits gezahlte Geldbußen bzw. Strafzahlungen mit Corona-Bezug.
2. das zuständige Amt anzuweisen, sämtliche noch anhängige Straf- und Bußgeldverfahren im Zusammenhang mit Verordnungen zur Eindämmung des SARS-CoV-2-Virus gemäß dem Weisungsrecht nach § 146 des Gerichtsverfassungsgesetzes durch die bearbeitenden Staatsanwaltschaften ohne Auflagen einstellen zu lassen.

gez. **Jens-Holger Schneider**
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Erfolgt mündlich

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

259/AFD/2023